

Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist der Antrag damit abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2867 mit 19/2869 und 19/2934 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Schlussworte vor der Sommerpause

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Staatsministerinnen und Staatsminister und Staatssekretäre, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen der Sommerpause und jetzt stehen nur noch die Schlussworte, die wir heute gemeinsam sprechen wollen. Ich habe mir wirklich überlegt, mit welchen Worten ich gerade auf die letzten Tage eingehen will, nämlich auf das Attentat auf den ehemaligen US-Präsidenten und aktuellen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Es ist noch einiges unklar, aber klar ist auf alle Fälle: Keine politische Differenz darf dazu führen, dass die Mitmenschlichkeit verkümmert. Ich wünsche dem ehemaligen Präsidenten auch von hier alles Gute und vollständige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wissen, dass dieses Attentat ein Einschnitt ist. Es kann die USA verändern, und es kann sogar die ganze Welt verändern. Es ist ein Einschnitt in der Geschichte der Demokratie unseres Jahrzehnts und der letzten Jahrzehnte. Es ist leider "nur" die nächste erschütternde Zuspitzung einer Entwicklung, die wir seit Jahren beobachten. Wir erleben eine Radikalisierung des politischen Diskurses. Feindseligkeit hat auch in die Politik Einzug gehalten. Das ist echt schädlich. Das widerspricht den bewährten demokratischen Gepflogenheiten, die über Jahre und über alle Parteien und Meinungsverschiedenheiten hinweg gegolten haben. Aus Populismus ist Polemik geworden, aus Polemik ist Demagogie geworden. Wenn aus Mobilisierung dann Militarisierung wird, ist die Politik am Ende. Dem müssen wir alle gemeinsam entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das letzte Wochenende war ein trauriger Tiefpunkt in der internationalen und nationalen Lage, in die die ersten Monate der neuen Legislaturperiode gefallen sind. Der schreckliche Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat nicht an Dramatik verloren. Bei den EU-Wahlen wurden radikale Kräfte gestärkt. Das hat die Demokratie auf unserem Kontinent nicht stabilisiert. Ich kann auch keine Erleichterung hinsichtlich der Wahlen in Frankreich verspüren, bei denen der befürchtete Rechtsruck zwar verhindert wurde, aber ein anderes Bündnis eingezogen ist, in dem sich Extremisten tummeln, die antideutsche, anti-europäische und auch antisemitische Tiraden durchaus von sich geben.

Auch in Deutschland ist über die letzten Jahre hinweg eine Radikalisierung zu beobachten, Enthemmung und auch Verrohung, die eben der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenläuft. Politisch motivierte Straftaten sind auf dem Höchststand, auch gegen Polizei und gegen Rettungskräfte. Allein in Bayern sind im letzten Jahr 1.354 Anzeigen von Politikerinnen und Politikern aller Ebenen gegen Hass- und Hetzattacken eingegangen. Das betrifft Angehörige aller Parteien.

Ich will es mal ganz deutlich sagen: Debatten und auch Meinungsdivergenzen dürfen und sollen verbal durchaus ausgetragen werden. Das gehört dazu. Aber es darf keine Gefahr geben für Leib, für Leben und für die mentale Gesundheit, schon gar nicht bei denjenigen, die sich für die Gesellschaft engagieren wollen, sich in den Dienst der Menschen und des Landes stellen und für ihre politischen Überzeu-